

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Dregger, Spranger, Vogel (Ennepetal), Dr. Miltner, Dr. Jentsch (Wiesbaden), Dr. Mertes (Gerolstein), Würzbach, Dr. Marx, Broll, Dallmeyer, Fellner, Frau Fischer, Gerlach (Obernau), Dr. Hennig, Frau Hürland, Graf Huyn, Krey, Dr. Kunz (Weiden), Dr. Laufs, Regenspurger, Schwarz, Dr. Stark (Nürtingen), Dr. Stavenhagen, Volmer, Dr. Waffenschmidt, Wimmer (Neuss) und der Fraktion der CDU/CSU
— Drucksache 9/861 —

„Krefelder Appell“ gegen den Nachrüstungsbeschluß der NATO vom Dezember 1979

Der Bundesminister des Innern – I S 2 – 614 247/2 – hat mit Schreiben vom 16. November 1981 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort vom 22. Mai 1981 zur Kleinen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion betreffend den „Krefelder Appell“ (Drucksache 9/466) festgestellt, sie werde das Parlament und die Öffentlichkeit auch weiterhin sachlich unterrichten und dabei besonderen Wert darauf legen, jene Bürger zu überzeugen, die trotz der für sie unübersehbaren Mitwirkung kommunistischer und kommunistisch beeinflusster Organisationen bereit sein könnten, ihre Kritik am NATO-Doppelbeschluß durch Unterstützung des „Krefelder Appells“ auszudrücken (a.a.O. S. 2). Gleichzeitig hat sie dort angekündigt, im Verfassungsschutzbericht 1980 ausdrücklich auf den „Krefelder Appell“ einzugehen (a.a.O. S. 4). Dementsprechend enthält der Verfassungsschutzbericht 1980, Teil „Linksextremistische Bestrebungen“, sowohl eine Darstellung der Entstehungsgeschichte des „Krefelder Appells“ (S. 87) als auch im Zusammenhang mit der orthodox-kommunistischen Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluß eine ausführliche Darstellung der Aktivitäten der DKP, im Rahmen dieser Bündnispolitik den „Krefelder Appell“ u. a. durch eine Unterschriftenkampagne zu unterstützen (S. 74 f.).

Die Bundesregierung sieht deshalb keinen Grund für die Annahme, daß hinsichtlich des „Krefelder Appells“ bei den Bürgern Informationslücken bestehen könnten, zumal auch die Medien intensiv über den „Krefelder Appell“ und die mit ihm verbundenen Fragen berichtet haben. Sie wird mit dem Bemühen, jene Bürger zu überzeugen, die trotz der für sie unübersehbaren Mitwirkung kommunistischer und kommunistisch beeinflusster Organisationen bereit sein könnten, ihre Kritik am NATO-Doppelbeschluß durch Unterstützung des „Krefelder Appells“ auszudrücken fortfahren. Es gilt auch jetzt vor der Veranstaltung in Dortmund am 21. November 1981.

1. Wie bewertet die Bundesregierung Behauptungen aus dem „Initiatorenkreis“ des „Krefelder Appells“, das sogenannte Krefelder Forum sei nicht von Seiten der DKP und ihrer Bündnispartner politisch und organisatorisch vorbereitet, sondern ganz selbständig und unabhängig von diesen durch den „Initiatorenkreis“ arrangiert worden?

In der bereits erwähnten Antwort der Bundesregierung vom 22. Mai 1981 ist ausgeführt worden, daß die Veranstaltung des „Krefelder Forums“ dem „pressediens DFU“ vom 15. September 1980 zufolge auf einen Beschluß des Bundesvorstandes der orthodox-kommunistisch beeinflussten „Deutschen Friedens-Union“ (DFU) vom 13. September 1980 zurückgeht, der gleichzeitig hierzu einen „Aufruf zum Gespräch“ verabschiedete. Dieser Aufruf wurde ebenfalls im „pressediens DFU“ vom 15. September 1980 abgedruckt.

In diesem Zusammenhang schreibt der DFU-Landesverband Baden-Württemberg am 22. September 1980 an DFU-Funktionäre: „Da es sich um keine DFU-Veranstaltung handeln soll, die DFU also lediglich Initiator ist, wollen wir mit möglichst prominenten Leuten ins Gespräch kommen und sie als Miteinlader bzw. Mitunterzeichner des Aufrufs gewinnen.“

2. Wer hat die Kosten für die Durchführung des Krefelder Forums (z. B. Einladungen, Drucksachenherstellung, Teilnehmerbetreuung, Saalmiete) getragen, und wer trägt die Kosten für die Folgeveranstaltung in Dortmund im kommenden November?

Den Sicherheitsbehörden liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß das „Krefelder Forum“, die Unterschriftenkampagne für den „Krefelder Appell“ und sonstige Aktivitäten für die „Krefelder Initiative“ sowie die bisherigen Vorbereitungen für die Folgeveranstaltung in Dortmund am 21. November 1981 in einem erheblichen Umfang über die DFU finanziert worden sind, also von einer Organisation, die wie im Verfassungsschutzbericht 1980 ausgeführt ist, „eines der Hauptinstrumente kommunistischer Bündnispolitik“ ist.

3. Welche Rolle bei der Propagierung, Unterschriftensammlung und sonstigen Förderung des „Krefelder Appells“ spielt das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ), und wie bewertet die Bundesregierung dieses Komitee? Ist die Darstellung des „ppp“-Hintergrund-Dienstes vom 8. April 1981 zutreffend, daß die DDR über das KFAZ „nicht wenige Gruppen“ der „Friedensbewegung“ finanziere?

Das orthodox-kommunistisch beeinflusste „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KFAZ) tritt seit Anfang Dezember 1980 vor allem als Unterstützer der Unterschriftenkampagne zum „Krefelder Appell“ auf. Es unterstützt den „Krefelder Appell“ überdies publizistisch und organisatorisch und rief mehrfach dazu auf, Spenden zugunsten des „Krefelder Appells“ auf ein Postscheckkonto des KFAZ einzuzahlen.

Es liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß der DKP seit Jahren erhebliche Zuschüsse aus der DDR zufließen. Darauf hat die Bundesregierung wiederholt hingewiesen. Zu der Parteiarbeit der DKP gehört die orthodox-kommunistische Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluß, bei der auch das KFAZ eine wichtige Rolle spielt. Weitergehende Erkenntnisse liegen den Sicherheitsbehörden nicht vor.

4. Ist es richtig, daß eine Vielzahl von Listen, Drucksachen, Flugblättern und Zeitungen zur Propagierung des „Krefelder Appells“ von der DKP-Hausdruckerei Plambeck in Neuss gedruckt ist und daß die DKP u. a. auf diesem Wege den „Krefelder Appell“ nicht nur organisatorisch, sondern auch finanziell erheblich unterstützt?

Die „Hausdruckerei“ der DKP, die „Plambeck & Co. Druck und Verlag GmbH“ in Neuss, hat eine Vielzahl von Flugblättern und andere Druckschriften mit Unterschriftenlisten zur Propagierung des „Krefelder Appells“ für orthodox-kommunistische – DKP – oder orthodox-kommunistisch beeinflusste Organisationen – DFU, KFAZ – hergestellt.

5. Entspricht die inhaltliche Beurteilung des „Krefelder Appells“ durch die Bundesregierung der Auffassung des SPD-Bundesgeschäftsführers Dr. Glotz – er stelle einseitig darauf ab, die Zustimmung zur westlichen Nachrüstung zurückzuziehen – oder der Auffassung des Mit-„Initiators“ General a. D. Bastian, er verurteile auch die sowjetische SS 20-Aufstellung?

Wie aus der bereits erwähnten Antwort der Bundesregierung vom 22. Mai 1981 hervorgeht, enthält der „Krefelder Appell“ keinen Hinweis darauf, daß er auch die Aufstellung der sowjetischen SS-20-Raketen verurteilt.

Die Bundesregierung sieht im übrigen keinen Anlaß, ihre inhaltliche Bewertung des „Krefelder Appells“ mit anderen Bewertungen oder Erklärungen zu vergleichen.

6. Welche der unterschiedlichen Versionen über das Zustandekommen des Textes des „Krefelder Appells“, wie sie z. B. Herr Bastian und andere verbreiten (z. B. DVZ vom 16. Juli 1981 und SZ vom 18./19. Juli 1981), verdient nach Kenntnis der Bundesregierung Glauben, und inwieweit weicht dieser Text inhaltlich von den von der DFU im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Krefelder Forums zu diesem Thema verbreiteten Erklärungen ab?

Es ist nicht Aufgabe der Bundesregierung, die Glaubwürdigkeit von Darstellungen oder Erklärungen verschiedener Personen oder Organisationen zu beurteilen, für die sie nicht verantwortlich ist.

Der im Zusammenhang mit der Vorbereitung des „Krefelder Forums“ sowohl von der DFU als auch vom Initiatorenkreis verbreitete „Aufruf zum Gespräch“ wirbt für die Teilnahme am Krefelder Forum. Der auf dem Krefelder Forum verabschiedete Appell wendet sich dagegen an die Bundesregierung. Beide Texte richten sich zwar inhaltlich gegen den NATO-Doppelbeschluß, sind aber im übrigen schon wegen der dargestellten unterschiedlichen Funktion ansonsten nicht vergleichbar.

7. Wie sieht die militärische und die politische Laufbahn des DFU-Direktoriumsmitgliedes Josef Weber aus, von dem Herr Eppler vor einiger Zeit sagte, er sei der Mann, „der gar keinen richtigen Namen hat, der aber die Kontakte hatte dahin, wo damals (nämlich 1953) für diese Leute (nämlich den Bund der Deutschen, später DFU genannt) entschieden wurde“, und der nun zu den „Initiatoren“ und Organisatoren des „Krefelder Appells“ zählt?

Die Bundesregierung sieht es nicht als angemessenen Beitrag zur politischen Auseinandersetzung mit Gegnern des NATO-Doppelbeschlusses an, biographische Einzelheiten von Personen öffentlich zu verbreiten.

8. Wie ist nach der marxistisch-leninistischen Ideologie und nach der politischen Praxis herrschender und nicht herrschender kommunistischer Parteien das Verhältnis der den „Krefelder Appell“ steuernden und propagierenden Kommunisten zu den ihn unterstützenden Pazifisten?

Die Bundesregierung hat wiederholt – zuletzt im Verfassungsschutzbericht 1980 – bei der Darstellung der orthodox-kommunistischen Bündnispolitik erläutert, welche Ziele die DKP entsprechend marxistisch-leninistischer Strategie und Taktik bei dem Bemühen verfolgt, mit nichtkommunistischen Kräften zusammenzuarbeiten und „Bündnisse“ einzugehen: Sie will auf diese Weise zu einer „Massenbasis“ und damit zu größerem politischen Einfluß gelangen, als es ihr angesichts geringer Mitgliederzahlen und eines bescheidenen Wählerpotentials aus eigener Kraft möglich wäre. Um ihre führende Rolle bei Bündnissen zu verschleiern, bedient sie sich häufig kommunistisch beeinflusster Organisationen, im Parteijargon „Bündnisorganisationen“ genannt. In diesem Zusammenhang sind auch die Aktivitäten der DKP zur Unterstützung des „Krefelder Appells“ erwähnt.

9. Dient der „Krefelder Appell“ nach dem Urteil der Bundesregierung objektiv der Förderung gesicherten Friedens und ausgewogener und kontrollierter Abrüstung oder einseitig den Zielen der Sowjetunion?

Die Bundesregierung hat sich von Anfang an, letztlich u. a. in der Aussprache des Deutschen Bundestages vom 9. Oktober 1981 zum NATO-Doppelbeschluß bekannt. Daraus folgt, daß die Bundesregierung die im „Krefelder Appell“ enthaltene Aufforderung „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Europa zurückzuziehen“, nicht für geeignet hält, „das gleiche Gewicht der militärischen Kräfte auf beiden Seiten, das gleiche Gewicht der Abschreckungsmöglichkeiten auf beiden Seiten auf niedrigerem Niveau als heute zu erreichen“, wie es der Bundeskanzler in dieser Aussprache formuliert hat (Plenarprotokoll 9/57, S. 3326).

